

p.B.58.04 - AN/SZ/ro

Probleme der internationalen Politik
und die Schweiz

Bern, den 23. Juli 1966

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

| | Seite |
|---|-------|
| EINLEITUNG | 1 |
| 2. KRIEG, KOEXISTENZ UND ABRUESTUNG | 2 |
| a) Vietnam | 2 |
| b) General de Gaulle in der Sowjetunion | 8 |
| c) Abrüstung | 10 |
| d) Europäische Sicherheitskonferenz | 12 |
| 3. ATLANTISCHE PARTNERSCHAFT UND INTEGRATION | 15 |
| a) NATO-Reorganisation | 15 |
| b) Integration | 18 |
| c) Kennedy-Runde | 22 |
| 4. PROBLEME DES KOMMUNISTISCHEN LAGERS | 24 |
| 5. BESONDERE KRISENHERDE | 30 |
| a) Rhodesien | 30 |
| b) Zypern | 31 |
| SCHLUSSBEMERKUNG | 35 |

SR

Kommission f. ausw.
Angelegenheiten

- 1 -

17.8.1966

EinleitungKommissions-
beschluss
vom 24.2.66

In ihrer Sitzung vom 24. Februar 1966 hat die nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten beschlossen, künftig als ersten Punkt der Tagesordnung der Kommissionsitzungen "Aussenpolitische Lage der Schweiz" vorzusehen. Dieser Beschluss trug dem Wunsche der Kommissionsmitglieder Rechnung, der Departementschef möchte in seinem aussenpolitischen Referat die schweizerischen Belange in den Vordergrund stellen. ~~Ihrem Begehren entsprechend habe ich~~ ^{habe ich} für mein heutiges Exposé über die Weltlage, unter den zahlreichen Problemen, welche die internationale Politik beschäftigen, diejenigen ausgewählt, die für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage charakteristisch sind, zugleich aber auch die schweizerischen Interessen besonders berühren und deshalb einer Stellungnahme unsererseits bedürfen.

Kennzeichen der
heutigen Weltlage

Die derzeitige weltpolitische Lage ~~ist wie folgt gekenn-~~ ^(wird beherrscht durch zwei Supermächten) ~~zeichnet:~~ ^{gen: einmal durch den} Krieg in Vietnam, wo die Vereinigten Staaten in einem offenen Konflikt mit der kommunistischen Welt konfrontiert sind, ^{während andererseits} ~~Auf der andern Seite~~ die Bemühungen um Koexistenz, welche sich in intensivierter Besuchsdiplomatie zwischen West und Ost sowie in bis jetzt fruchtlosen Vorstössen für Abrüstung und Sicherheit manifestieren, ^{unentwegt & weiterbreitend} ~~In drit-~~ ^{Sie andere Dominiante sehen wir in den} ter Linie die fortschreitenden Desintegrationserscheinungen nicht nur in den bisherigen zwei grossen Machtblöcken, sondern auch in der Gruppe der "Blockfreien". ^{daneben erkennen} ~~Sowie schliess-~~ ^{lich} ~~lich~~ eine Reihe von offenen und latenten Krisenherden, für welche sich nur in den wenigsten Fällen Ansätze für eine definitive Lösung zeigen. ~~Einige aktuelle Probleme seien aus diesem Fächer von Fragenkomplexen herausgegriffen.~~

~~In den folgenden Darstellungen bekränke ich mich auf jene Probleme, die auch die Schweiz betreffen.~~

~~(unmittelbar od. indirekt erleblich)~~

I. Krieg, Koexistenz und Abrüstung

a) Vietnam

Der vietnamische Kriegsschauplatz hat seinen Ruf als hartnäckigsten Krisenherd der gegenwärtigen ~~Zeitepoche~~ bewahrt. Vietnam bildet nach wie vor das Weltproblem Nr. 1, das ständig das Risiko einer Ausweitung des Konflikts in sich trägt und für das sich nicht die geringsten Anzeichen einer Lösung zeigen.

Militärische
Schwierigkeiten
für den Vietcong

Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen Monaten ihren Einsatz in einem Ausmass erhöht, dass ein militärischer Sieg des Vietcong immer undenkbarer wird. Mit zunehmender Unterlegenheit wirft Hanoi entgegen den Regeln des Guerilla-Krieges stets grössere Einheiten in verlustreiche Kämpfe. Bei den südvietnamesischen Truppen dagegen wächst das Vertrauen, und die Versuche, vom Vietcong befreite Gebiete dauernd für die Regierung zu halten, beginnen langsam Früchte zu tragen. Aber auch für die Südseite scheint ein eindeutiger Sieg kaum möglich.

Erfolge General Kys

General Ky hat sich mit Unterstützung der Amerikaner behaupten können. Seit dem Sturz Diems ist kein südvietnamischer Regierungschef so lange an der Macht geblieben wie er. General Ky hat einen energischen wirtschaftlichen Sanierungsversuch unternommen und der Korruption in der Armee den Kampf angesagt. Es gelang ihm, unter Anwendung einer wirksamen Mischung von Machtdemonstration und Diplomatie und einem Minimum an Blutvergiessen die im Vordergrund von den Buddhisten und aus dem Hintergrund von den Kommunisten geschürten Rebellionen in Da Nang und Hue zu überwinden. Die politisierenden Mönche, unter sich in verschiedene Hauptrichtungen und Untersekten gespalten, scheint er für den Moment in ihre Schranken gewiesen zu haben.

Wahlen

Die Militärjunta ist durch Zivilisten erweitert worden und bereitet Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung vor. Kys Ringen zusammen mit den ihn unterstützenden Amerikanern gegen die kommunistischen Einheiten und gegen die innere Opposition ist zu einem Wettlauf mit der Zeit geworden; denn bis zu den für den 11. September ausgeschriebenen Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung sollten die Verhältnisse soweit hergestellt sein, dass die demokratische Durchführung als garantiert gelten kann.

Sorgen der USA

Für die Vereinigten Staaten wird das Vietnamproblem zum immer grösseren Sorgenkind. Die Administration Johnson sieht sich vor die Tatsache gestellt, dass der Krieg gegen Nordvietnam je länger er dauert desto mehr zu einer rein amerikanischen Angelegenheit auszuwachsen droht. Washington ist verhandlungsbereit und legt Wert darauf, dies auch immer wieder zu erklären. Seine Bemühungen sind aber ohne Erfolg geblieben. Für die Vereinigten Staaten muss deshalb, wie sich McNamara äusserte, das Wesentliche der militärischen Anstrengungen darauf gerichtet sein, dem Gegner die Aussichtslosigkeit des Kampfes klarzumachen. Erst dann dürfte sich nach amerikanischer Auffassung die Möglichkeit ergeben, dass auch die Kommunisten ihre Bereitschaft zu Gesprächen am Verhandlungstisch bekunden.

UNO

Der ~~ganze~~ Fragenkomplex Vietnam ist von der amerikanischen Regierung auch vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht worden, ~~blieb~~ⁱⁿ aber dort in suspenso ^{geblieben, da}, Hanoi und Peking erklärten, die Vereinten Nationen hätten in Vietnam nichts zu suchen. Ohne Zweifel liegt die Vietnamfrage dem Generalsekretär U Thant sehr am Herzen und dürfte auch hinsichtlich seines Entschiedes für die Erneuerung seines Mandates als Generalsekretär eine Rolle spielen. ~~Sein Appell am 20. Juni 1966 vor der Presse war besonders eindrücklich, als er erklärte, es sei~~

Es ist

seine tiefe Ueberzeugung, dass es ohne gegenseitige Konzessionsbereitschaft der interessierten Parteien nicht zu Verhandlungen kommen *wird*.

China

Für China ist die Lösung der Vietnamfrage mit der für Washington unannehmbaren Voraussetzung auf vollständigen Rückzug Amerikas aus Südvietnam verknüpft. Um vor der Weltöffentlichkeit diese verhandlungsfeindliche Haltung zu rechtfertigen, setzt die chinesische Propaganda alles daran, die Unglaubwürdigkeit des amerikanischen Friedens- und Verhandlungswillens nachzuweisen und die Weltmeinung gegen den Einsatz der amerikanischen Truppen in Südvietnam zu mobilisieren. Peking will vor allem nicht, dass die Vereinigten Staaten eine Gelegenheit finden könnten, aus einer "Position der Stärke" Verhandlungen zu beginnen. China zeigt daher keine Verhandlungsbereitschaft und dürfte auch nicht unterlassen, seinen Einfluss in Hanoi in diesem Sinne geltend zu machen.

Vergebliche Vermittlungsversuche

Die bis jetzt von den verschiedensten Seiten unternommenen Vermittlungsversuche und Sondierungen haben alle fehlgeschlagen. Nach der Entsendung von sechs Sonderbotschaftern der Vereinigten Staaten, die an die dreissig Länder besuchten sowie der Einschaltung des Papstes und des UNO-Generalsekretärs, versuchte auch der amerikanische Vizepräsident Humphrey, ^{*durch eine ausgedehnte Reise nach Asien*} ~~in Südvietnam, Laos, Thailand, Pakistan, Indien, Australien & Neuseeland, den Philippinen und in Südkorea~~ seinen ~~jeweiligen~~ Gesprächspartnern die Ziele der Vereinigten Staaten in Vietnam klarzumachen. (Der demokratische Senator Mansfield plädierte für eine Vietnam-Friedenskonferenz in Asien mit der Beteiligung der USA, der VR China, Nordvietnam und wichtiger südvietnamesischer politischer Elemente, da es seiner Ansicht nach zweifelhaft sei, ob die UNO oder die Teil-

nehmer der Genfer Konferenz Friedensverhandlungen in Gang bringen könnten.) Eine von Senator Kennedy vorgeschlagene Beteiligung der Vietcong an der Regierungsverantwortung in Südvietnam stiess bei der amerikanischen wie südvietnamesischen Regierung auf Ablehnung. ~~Gespräche über das Vietnamproblem zwischen dem britischen Premier Wilson und Kossygin in Moskau brachten keine Annäherung der Standpunkte.~~ Auch weitere Kontaktnahmen hoher Persönlichkeiten ebenso wie Vermittlungsbemühungen bündnisfreier Staaten verliefen ergebnislos. ~~Mit Kanadischer Unterstützung vor kurzem erfolgte Sondierungen~~ ergaben, dass Verhandlungsführer in Hanoi zurzeit keinen Erfolg zeitigen würden. Nordvietnam scheint nach wie vor nicht geneigt zu sein, an einer friedlichen Regelung des Konflikts teilzunehmen.

Alle Vermittlungsbemühungen, die Präsident de Gaulle, Fran. Gaudin, Premierminister Wilson & schliessl. Gen. sehr. U. Thant in Moskau unternommen werden, sind von der vorjetzigen Staatsführung abgelehnt worden.

Vietnam und die Schweiz

Auch die schweizerische Oeffentlichkeit beschäftigt sich mehr und mehr mit der komplexen Situation in Vietnam. ~~Gewiss ist ein Teil der Stimmen zu diesem Thema politisch verdächtig und nicht richtungweisend für die Schweiz; aber es sind auch jene Stimmen nicht zu überhören, aus denen eine echte Besorgnis über die Schrecken und Leiden spricht, die die Kriegshandlungen auf beiden Seiten mit sich bringen.~~ Vielfach liegt ihnen die Ueberzeugung zugrunde, es stelle sich hier unserem Land eine humanitäre, echte Aufgabe, der wir uns nicht entziehen sollten, und so wird die Frage laut, ob es nicht an der Schweiz wäre, im Sinne ihrer Tradition der guten Dienste einen Vermittlungsversuch zu wagen.

Stellung des Bundesrates

Der Bundesrat hat nie Zweifel darüber offen gelassen ~~das letzte Mal hat er sich öffentlich anlässlich der Beantwortung des päpstlichen Friedensappells für Vietnam entsprechend geäußert~~, dass er jederzeit bereit sei, seine guten Dienste auch in Vietnam in wie immer gearteter Form zur Verfügung zu stellen, wenn ~~alle Parteien~~ ^{die} im Konflikt ^{die} ~~die~~ ^{Abnehmenden Parteien}

zu erkennen geben. ^{hat bei}
~~ausdrücklich wünschen. Die Haltung des Bundesrates deckt~~
~~sich somit weitgehend mit der obenerwähnten Stimmung, wo-~~
~~bei allerdings nicht ausser acht gelassen werden darf, dass~~
~~die wichtigste Voraussetzung für unsere guten Dienste heute~~
~~nicht oder noch nicht existiert: die Kriegsparteien haben~~
~~uns bis heute kein entsprechendes Mandat erteilt. Wenn auch~~
~~die USA durch ihre Haltung verschiedentlich haben erkennen~~
~~lassen - nicht nur uns gegenüber - dass sie mit allfälligen~~
~~Sondierungen über Verhandlungsmöglichkeiten stillschweigend~~
~~einverstanden wären, so hat ~~der Norden, wie bereits ange-~~~~
~~^{-Vietnam}führt, bisher alle von irgendwelcher Seite unternommenen~~
~~Versuche zur Vermittlung abgewiesen. Das muss notwendiger-~~
~~weise auch unsere Hoffnungen dämpfen. ~~Auf der andern Seite~~~~
~~gewinnt aber die Vermutung allmählich an Wahrscheinlichkeit,~~
~~dass Verhandlungen früher oder später in den Bereich des~~
~~Möglichen rücken könnten.~~

Trotdem

Besondere
 Unternehmungen

~~Unter diesen Umständen~~ erachtet es der Bundesrat als rich-
 tig, nicht nur passiv abzuwarten, bis man uns je um unsere
 guten Dienste bittet, sondern schon heute vorausschauend
 und in aller Stille zu prüfen, welche materiellen Voraus-
 setzungen uns für diese guten Dienste zur Verfügung stehen
 würden, sollten ^{sich} wir je dazu ~~in aller Form eingeladen werden.~~
^{erkennt eine Möglichkeit}
~~ergeben. Dies selbstverständlich im vollen Bewusstsein unserer Gren-~~
~~zen und unserer beschränkten Möglichkeiten.~~

Diese Vorbereitung reduziert sich praktisch auf zwei Aspek-
 te: die Aufgabe, die Verfügbarkeit Genfs ~~als Konferenzort~~
 für eine allfällige Vietnamkonferenz zu manifestieren, und
 die Frage, welche Kanäle uns für allfällige Kontakte mit
 Hanoi zur Verfügung stehen.

Genf als
 Konferenzort

Dass Genf nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit
 wie früher als internationaler Konferenzort gewählt wird,

ist eine Tatsache, der wir im eigenen Interesse nach besten Kräften steuern müssen, ganz besonders wenn es sich um eine Konferenz handelt, die das Problem des Weltfriedens und der Auseinandersetzung mit der Dritten Welt so direkt betrifft, wie es eine Vietnamkonferenz tun würde. ~~Es sei hier darauf hingewiesen, dass~~ ^{Wie eher} liberale Haltung des Bundesrates gegenüber der kürzlichen Genfer Tagung des Weltfriedensrates auch in diesem Zusammenhang gesehen werden muss: so unsympathisch der Weltfriedensrat an sich ist, so war ^{es} doch im vorliegenden Fall darauf Rücksicht zu nehmen, dass auch Nordvietnamesen unter den Teilnehmern figurierten; und gerade bei ihnen sollte der Eindruck vermieden werden, die Schweiz sei einem sie beschäftigenden Anliegen gegenüber un-
gastlich.)

gerechtfertigt,

Kanäle nach Hanoi

An Kanälen nach Hanoi besitzen wir gegenwärtig jenen via unsere Botschaft in Peking, wo uns der Brief Ho Chi Minhs überreicht und wo er mündlich beantwortet wurde; bei diesem Anlass ergaben sich übrigens zwangslose Gespräche, die, bei vorsichtiger Interpretation, den Schluss zulassen, man gebe sich in Hanoi Rechenschaft - wenn auch noch in etwas verschwommener Form - von der schweizerischen Tradition der guten Dienste. Ueber Peking erreichten uns auch gewisse Angaben über die amerikanischen Gefangenen in Nordvietnam, Angaben, die angeblich von einem privaten Beobachter aus einem Oststaat stammen, die aber möglicherweise doch im direkten Auftrag Hanois gemacht wurden; wir haben diese Angaben vertraulich nach Washington weitergeleitet, wo sie mit grösstem Interesse und grösster Dankbarkeit aufgenommen wurden und wo man uns bat, diesen Faden zu den amerikanischen Gefangenen weiter zu spinnen. Ob uns dies möglich ist, steht im Moment noch nicht fest.

Wir suchen ~~Der Bundesrat möchte aber daneben noch einen zusätzlichen Kanal nach Hanoi öffnen,~~ *ausser Peking* ~~Wir suchen im Moment~~ *& sind im Begriffe* abzuklären,

wo und in welcher Weise sich weitere unverbindliche Kontaktmöglichkeiten ergeben könnten, die später ~~einmal~~ auch für eine eigentliche Tätigkeit der guten Dienste tragfähig genug wären. Wir denken ^{u. a. auch} hier z. B. an eine Offerte humanitärer Hilfe, um das Gleichgewicht zum Süden herzustellen, wo bekanntlich schon eine Aerzte-Equipe des Schweizerischen Roten Kreuzes tätig ist. Doch dürfen wir bei einer solchen Offerte - wenn wir keine vorzeitige negative Antwort provozieren wollen - unter keinen Umständen mit der Tür ins Haus fallen, sondern müssen sie behutsam, diskret und ohne Eile, d.h. den Geboten asiatischer Höflichkeits- und Denkformen entsprechend, vorbereiten. Im Augenblick sind allerdings unsere Sondierungen noch zu wenig weit gediehen, als dass wir schon darüber berichten könnten.

General de Gaulle
Peter Spierre

b) General de Gaulle in der Sowjetunion

Wille zur
Koexistenz

Trotz der schweren Belastung durch den Konflikt in Vietnam sind die Beziehungen zwischen der westlichen Welt und der Sowjetunion vielleicht stärker denn je vom Willen zur Koexistenz geprägt. Zwar setzen die Sowjetführer bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Propagandakampagne gegen die Vereinigten Staaten fort. Tatsächlich aber bemüht sich Moskau doch möglichst alles zu unterlassen, was die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen belasten könnte.

Besuch de Gaulles Ein Kennzeichen dieses Willens zur Koexistenz bildet die in letzter Zeit intensivierete west-östliche Besuchsdiplomatie, welche in der Reise General de Gaulles nach der Sowjetunion einstweilen ihren Höhepunkt fand. Der Erfolg dieses Besuches besteht wohl vor allem in der Tatsache, dass er überhaupt zustande kam. Es gelang dem General, wenn nicht eine Annäherung, so doch eine bessere Atmosphäre zu schaffen. Dem Ab-

schluss der beiden Abkommen - Vertrag über wissenschaftliche, sich auf die Raumfahrtsprojekte erstreckende Zusammenarbeit sowie die Konvention über Handels- und Konsularfragen - kommt wohl nur beschränkte bilaterale Bedeutung zu. Nicht einmal die Konsultationsabrede vermag besonders ins Gewicht zu fallen.

Keine Kon-
zessionen

In den grossen europäischen Fragen wie Sicherheit, Abrüstung und Deutschlandproblem brachte der Besuch keinen Fortschritt. Beide Seiten hielten an ihren Positionen fest. Der General vertritt die Auffassung, dass Europa nur über eine Entspannung zwischen West und Ost zu einem Kontinent mit politischem Gewicht werden könne. Für Entspannung brauche es aber gegenseitiges Vertrauen und dieses könne sich solange nicht ergeben, als Deutschland geteilt sei. Der Krenl sieht dagegen das Hindernis für eine Entspannung nicht im Wiedervereinigungsproblem, sondern in der Nichtanerkennung der DDR. Die Entspannung komme von selbst, wenn die DDR von Frankreich anerkannt und in der UNO als Mitglied aufgenommen sei. Diese beiden Standpunkte haben sich nicht verändert.

Auffallend ist auch, wie zurückhaltend sich beide Seiten gegenüber den Vereinigten Staaten geäussert haben, trotzdem sie wohl in diesem Punkt noch am ehesten übereinstimmten, nämlich in der Absicht, Amerika von Europa zu eliminieren. Sie dürften sich aber Rechenschaft gegeben haben, dass die übrigen westeuropäischen Partner nicht so schnell dazu zu bringen sein werden, sich ohne ausreichende Sicherungen dem sowjetischen Machtpotential auszusetzen, und dass sich auch die Vereinigten Staaten schon aus Gründen der eigenen Sicherheit nicht so ohne weiteres aus ihrem europäischen Engagement herausmanövrieren lassen.

Jedenfalls kam es nicht zu einem "renversement des alliances", wie da und dort fälschlich befürchtet wurde. General de Gaulle will nicht Washington gegen Moskau vertauschen, sondern seine eigene souveräne Politik treiben.

Schweizerisches
Interesse

~~Wenn der Besuch effektiv kaum Veränderungen in Europa brachte, so wird die Schweiz die weitere Entwicklung doch mit aller Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Denn die eingetretene "atmosphärische" Entspannung könnte doch den Beginn einer wirklichen Entspannung bilden, welche unser Land ebenso berührt wie das übrige Europa. Die Schweiz interessiert sich für alle Bestrebungen, die der Entspannung und der Sicherheit dienen, und sie wird allenfalls zu gegebener Zeit aufgerufen sein zu prüfen, wieweit sie im Rahmen ihrer Neutralitätspolitik ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen kann.~~

(X) Ich sagte eingangs, dass ~~ich~~ trotz Vietnamkrieg die Bemühungen um Koexistenz weitergehen. Ich erinnere an die Erklärung von ~~dem~~ ^{franz. Kommissar} Obersten ~~Comité~~. Es war in diesem Augenblick bedeutsam, dass er ~~den Willen zur Koexistenz~~ ^{zum Ausdruck brachte}.

b) ~~II~~ Abrüstung & Sicherheit

(X) ... Zur Koexistenz gehört auch das Problem der Abrüstung.

(trotz allem ~~bisherigen~~ ^{Widerstand})

Es darf als eine positive Tatsache gewertet werden, dass am 14. Juni in Genf, allerdings wiederum ohne Frankreich, trotz enttäuschendem bisherigem Verlauf, die Abrüstungsgespräche der 18 fortgesetzt wurden. (Die Wiederaufnahme der Gespräche beweist den Willen der Beteiligten, den Faden nicht abreißen zu lassen, auch wenn die Standpunkte ~~einstweilen~~ ^{nicht} noch sehr verschieden sind und ~~kaum~~ ^{kaum} auf ein baldiges günstiges Ergebnis hoffen lassen.)

Wiederaufnahme
der Genfer Ab-
rüstungsver-
handlungen

Nonproliferation
von Atomwaffen

Haupttraktandum der Beratungen ist nach wie vor die Frage eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Seit Mitte letzten Jahres wurden eine Reihe von Vorschlägen diskutiert, ohne dass die Konferenzteilnehmer einer Lösung des Problems nähergekommen wären. Während die Vereinigten Staaten ganz allgemein über die Verbreitung von Atomwaffen in der Welt besorgt sind, sieht die Sowjetunion vor allem die Gefahr in einer Atombewaffnung der Bundesrepublik. Haupthindernis bilden das Projekt einer gemeinsamen Nuklear-

streitmacht der NATO sowie damit verbunden die eventuelle Möglichkeit einer Einflussnahme der Bundesrepublik auf die Atomstrategie.

Für die blockfreien Teilnehmer liegen die Schwierigkeiten auf anderer Ebene. Sie weigern sich, Verpflichtungen für die Non-Proliferation von Nuklearwaffen einzugehen, ohne entsprechende Garantien und Gegenleistungen der Atommächte zu erhalten. Dies gilt besonders für Indien als Nachbarn der Atommacht China, aber auch bis zu einem gewissen Grad für *das* Schweden, *das an der Konferenz eine sehr aktive + geachtete Rolle spielt.*

Die Schweiz und
das Nonprolife-
rationsabkommen

Wenn unter diesen Umständen auch wenig Aussicht auf eine baldige Einigung in Genf besteht, so verfolgen wir doch mit grösstem Interesse die weitere Entwicklung der Gespräche. Sollte es zu einem Abkommen kommen, so bin ich der Meinung, dass die Schweiz - vorausgesetzt dass das Abkommen mit ihrer Neutralitätspolitik vereinbar ist - nicht abseits bleiben kann, sofern die Grosszahl der Staaten beitreten würde. Auch wäre unser Land zweifellos schon aus Sicherheitsgründen an einem Beitritt interessiert. Dies würde aber bedingen, dass den Grossmächten keine Sonderstellung eingeräumt würde. Zudem könnte das Abkommen nur seinen Zweck erfüllen, wenn darin eine effektive Kontrolle gewährleistet wäre. Und schliesslich sollten in der Uebereinkunft angemessene Gegenleistungen und Garantien der Atommächte gegenüber den "Nicht-nuklearen" stipuliert sein.

~~Bis jetzt ist die Frage eines Beitritts zu einem Nonproliferationsabkommen noch nicht an uns herangetreten. Der Bundesrat hatte deshalb keine Veranlassung, zu einem allfälligen Beitritt unseres Landes Stellung zu nehmen. Er dürfte dies ohnehin erst dann tun können, wenn einmal der genaue Wortlaut des Abkommens bekannt sein wird.~~

d) Europäische Sicherheitskonferenz

Nicht nur in Genf, sondern auch in andern Städten Europas beschäftigt man sich mit der Frage der Sicherheit.

Sowjetischer
Vorstoss

Anlässlich seines Besuches in Rom schlug der sowjetische Aussenminister Gromyko an einer Pressekonferenz die Durchführung einer europäischen Konferenz vor. An dieser sollten die europäischen Staaten mit Einschluss der Neutralen, aber ohne die Vereinigten Staaten, über die Sicherheit Europas diskutieren. ~~Nähere Einzelheiten gab er nicht bekannt.~~

Die sowjetische Regierung hat ihren Botschafter in der Schweiz beauftragt, den Bundesrat Krumholz zu geben von diesem Vordruck einer europäischen Sicherheitskonferenz. Der Botschafter der USA hat diesen Botschafter nicht erhalten. Die Beteiligung der Schweiz wäre wünschlich + erwünscht. Die Konferenz würde man wünschlich an sein, von allen europ. Staaten BR noch nicht festg.

Dänischer
Vorstoss

Von dänischer Seite wurde ebenfalls die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz aufgegriffen. Danach hätte eine solche Initiative von der atlantischen Allianz auszugehen. Im Gegensatz zur sowjetischen Anregung müssten auch die Vereinigten Staaten und Kanada den Verhandlungen beiwohnen. Aussenminister Häkkerup erklärte dazu: "Es ist wesentlich, dass die Mitglieder der NATO nicht bloss auf eine Initiative aus dem Osten - sei sie positiv oder negativ - reagieren, sondern dass sie sich auf ihre eigene vorwärtsschauende Politik konzentrieren. Sie müssen sich selbst instand setzen, eine Initiative zur Durchbrechung des Kalten Krieges zu ergreifen."

Vorstoss der
Warschaupakt-
Staaten

An ihrer Konferenz in Bukarest sprachen sich die Warschaupakt-Staaten ebenfalls für die Einberufung einer Konferenz über europäische Sicherheit aus. Sie appellierten an alle Länder Europas, die friedliche Koexistenz zur Grundlage ihrer Beziehungen zu machen, ihre Kontakte zu vermehren und auf der Basis völliger Gleichberechtigung miteinander zu verkehren. Sie traten für den Abbau der Spannungen in Europa und die Auflösung der westlichen und östlichen Militärpakte ein sowie für die Auflösung aller ausländischen Stützpunkte

Sowjetischer Vorstoss

auf europäischem Boden und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen. Sie forderten zudem den Ausschluss der BRD vom Kernwaffenbesitz. Auffallend ist, dass die USA nicht ausdrücklich ausgeschlossen wurden. (X)

Reaktionen

Die Reaktionen auf diese Vorstösse waren nicht unbedingt ablehnend, aber im allgemeinen doch eher skeptisch. Washington und London verlangten sorgfältige Vorbereitung und Abstimmung unter den westlichen Partnern, während Frankreich und Deutschland die Möglichkeit einer Veränderung der Ost-West-Beziehungen vor allem bilateral in der Unterstützung osteuropäischer Emanzipationstendenzen durch die Politik der einzelnen westeuropäischen Staaten sehen.

Sowjetischer Vorstoss 1954

Die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz ist nicht neu. Bereits am 13. November 1954 rief die sowjetische Regierung alle europäischen Staaten zu einer Konferenz zwecks Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa auf. Dabei wurde ausdrücklich die Teilnahme der Vereinigten Staaten verlangt.

Schweizerische Stellungnahme

Die Schweiz nahm in einer Note vom 24. November 1954 zu der sowjetischen Initiative Stellung. Die damaligen Argumente dürften grundsätzlich auch heute in bezug auf die neuen Vorstösse Geltung haben. *Der Bundesrat* ~~Wir~~ erklärten damals unter anderem: "Wenn er (der Bundesrat) glaubt, die in der Note vom 13. November an ihn gerichtete Einladung nicht annehmen zu können, so ist er doch bereit - sei es, wenn die Fragen, an deren Diskussion die Schweiz nicht teilnehmen kann, eine Lösung gefunden haben, sei es, wenn die an diesen Fragen direkt interessierten Staaten sich über die Einberufung einer Konferenz mit dem Ziele der Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit einigen -, die Beteiligung der Schweiz an

einer Konferenz zu prüfen, an der die Gesamtheit der europäischen Staaten vertreten wäre, sowie die Mitarbeit der Schweiz innerhalb der ihr von ihrer ständigen Neutralität gesetzten Grenzen an der Errichtung einer Ordnung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der alle Staaten Europas beitreten würden."

Ich bin der Meinung, dass die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz, wie sie von sowjetischer Seite und seitens der Warschaupakt-Staaten angeregt wird, ^{nicher} ~~zwar~~ interessant, aber im Hinblick auf die NATO ^{- Bindungen} nur mit Einschluss der Vereinigten Staaten sinnvoll sein könnte. (Was den dänischen Vorschlag anbelangt, so werden sich die Staaten der atlantischen Partnerschaft nicht zu einer europäischen Sicherheitskonferenz einfinden wollen, solange die NATO-Probleme nicht gelöst sind. Unter den derzeitigen Umständen hätte die Einberufung einer solchen Konferenz kaum Aussicht auf einen erfolgreichen Verlauf.)

Die Frage

~~Ob in einem späteren Zeitpunkt einer Teilnahme der Schweiz möglich und opportun sein wird, vermögen wir erst zu beurteilen, wenn wir nähere Einzelheiten über die geplante Konferenz kennen. Heute kann wohl lediglich gesagt werden, dass wir alle Bestrebungen unterstützen, die zur Sicherheit auf der ganzen Welt und insbesondere in Europa beitragen können. Diese Bereitschaft kann aber nur soweit gehen, als sie mit unserer Neutralitätspolitik vereinbar ist.~~

Es ist sicher wünschbar wenn sich ~~in~~ unsere Land nicht fern hält von solchen Bestrebungen

findet ihre Grenze an ~~der~~ Vereinbarkeit

Unsere

Dominanz

II. Lockerung der Machtblöcke

Hervorstechendes Merkmal der weltpolitischen Entwicklung in West und Ost sind zweifellos die fortschreitenden Desintegrationserscheinungen in den bestehenden Machtblöcken. Ich denke dabei nicht nur an die atlantische Allianz und an das kommunistische Lager. Dieselbe Lockerung zeigt sich bei den arabischen Staaten, wo die Entzweiung in eine ^{ess}programmatische Gruppe unter Führung Nassers und eine traditionelle unter Führung König Feissals eklatanten Ausdruck ~~gefunden hat~~, in der Weigerung Nassers, an der gesamtarabischen Gipfelkonferenz in Algier teilzunehmen, ^{gefunden hat.} Aber auch in Afrika haben die Unifizierungsbestrebungen der neuen unabhängigen Staaten einen starken Rückschlag erlitten. Es ist offensichtlich, dass weder die Négritude noch das Credo des politischen und sozialen Regimes ein ^{genügendes} gesundes Element des Zusammenhalts und der machtpolitischen Gruppierung darstellen. Der zunehmende Partikularismus könnte als Fortschritt gelten, wenn er eine Besinnung auf die eigenen grossen Aufbauprobleme zur Folge hätte. Die zahlreichen Staatsstrieche, Rivalitäten und Machtübernahmen durch die Militärs in einer Reihe von afrikanischen Staaten zeigen aber die Problematik der Demokratie, der innern Festigkeit und der staatlichen Bewusstseinsbildung in diesen neuen Ländern.

(Bedenklich auch Entwicklung in Südamerika.)

Im Vordergrund unseres Interesses stehen natürlich die Auflockerungssymptome der atlantischen Allianz.

a) Die NATO-Reorganisation

Der Entschluss General de Gaulles für einen Rückzug Frankreichs aus der NATO-Integration geht von der Ueberlegung aus, dass kein Bündnis unverändert weiterbestehen kann, wenn sich die Bedingungen verändert haben, unter denen es abgeschlossen wurde. De Gaulle will zwar an der Grundsatzerklärung, die am 4. April 1949 in Washington zur Bildung der Atlantischen Allianz führte, festhalten, hält aber die darauf basierenden Durchführungsmassnahmen für überholt. Die Bedrohung aus dem Osten habe sich wesentlich vermindert; auch die atomare Gewichtsverteilung habe sich gewandelt und schliesslich habe sich der Schwerpunkt der akuten Krisenherde von Europa nach Asien verlagert. (General de Gaulle glaubt, dass unter diesen Umständen zwar nicht das atlantische

Beweggründe
de Gaulles

28

- 16 -

28 Bündnis, wohl aber die NATO-Integration ihre Rechtfertigung verloren hat.)

Ziele
de Gaulles

De Gaulle will zwei Ziele erreichen :

1. Soll Frankreich die politische und strategische Verantwortung im Kriegsfall übernehmen und nicht gegen seinen Willen über die NATO-Integration in einen Konflikt hereingezogen werden können.
2. Will der General freie Hand für seine Annäherung an die Sowjetunion haben in Hinblick auf seine Idee eines Europa vom Atlantik bis zum Ural, einer Idee, die wohl eine politische Vision, nicht aber eine politische Realität darstellt. ~~Schritt für Schritt soll nun Frankreich seine normale Souveränitätsslage wieder herstellen,~~

Reaktionen

Verhältnisse

entfremdeten Beziehungen

Die These

Der Entschluss General de Gaulles, auf Rückzug Frankreichs aus der NATO-Integration wurde, ^{wo nach die Schuldig. der politischen ma Friedenszeiten als überhol / erlernen kann, wird} von den übrigen NATO-Partnern sehr bedauert. Letztere betrachten nach wie vor den amerikanischen Atomschutz als sicherste Massnahme, um einen Krieg zu verhindern oder im Konfliktsfall die freie Welt zu schützen. ~~Mit aller Deutlichkeit zeigten sie, dass Sie ^{sind} gewillt sind,~~ auch ohne Frankreich die NATO weiterzuführen. Allerdings legten sie Wert darauf, Frankreich mit Mässigung zu begegnen, um für künftige politische Entwicklungen die Türe offen zu lassen. ~~Jedenfalls hat sich der Zusammenhalt unter den 14 durch die Haltung des französischen Staatsehefs verstärkt.~~

Brüsseler
Tagung

An der NATO-Tagung in Brüssel wurden die sich stellenden Probleme unter dem Gesichtswinkel des weitern Vorgehens diskutiert. Die eigentlichen Verhandlungen zwischen Frankreich einerseits, der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten und den 14 NATO-Partnern andererseits stehen noch bevor. Eine Unmenge von Problemen

(X)

Dabei ist zu bemerken, dass es die Gamelle gelungen ist, ^{Offen sind noch} ~~Es gilt für Paris~~, die definitiven Bedingungen für die Stationierung der französischen Truppen in Deutschland ~~mit Bonn auszuhandeln~~. ^{Weiter} Es muss ein Weg für die strategische und technische Zusammenarbeit zwischen alliierten und französischen Truppen in Deutschland gefunden werden. Mit den Vereinigten Staaten muss bezüglich der amerikanischen Basen in Frankreich, der Radar-Einrichtungen und der Pipe-Line La Rochelle-Rhin eine Lösung gefunden werden. Es wird zu Verhandlungen mit den 14 über die strategische Zusammenarbeit zwischen NATO und französischen Truppen kommen, für den Fall, dass sich Frankreich entschliesst, in einem Konflikt, in den die NATO involviert ist, ebenfalls einzugreifen.

Bei dem Verhandlungsprozess seines Aussehens nicht abzubringen, wonach durch das Ausbleiben Frankreichs aus der Nato-Integration der Stationierung Vertrag von 1954 keine rechtliche Grundlage mehr bietet. Die Kernfrage, welcher festumrissene Auftrag den in der BR stationierten Truppen zukommen wäre, ist in einem Nebenproblem gemacht worden!

~~Von den 14 NATO-Partnern wurde bereits eine Lösung über die Aufhebung der "standing-group" in Washington und deren Ersatz durch einen "militärischen Ausschuss" (combined chief of staff) zur Festlegung der allgemeinen Strategie, voraussichtlich mit Sitz in Brüssel, gefunden. Auch über die Verlegung des SHAPE in die Gegend von Brüssel und dessen Dependenz nach den Niederlanden wurde Einigung erzielt. Die Verlegung des "Defense College" nach Rom und des Kommandos Europa-Mitte nach Deutschland steht fest, während über den künftigen Sitz des Atlantikrats, der sich zurzeit in Paris befindet, im Oktober entschieden werden soll.~~

Nach dem halben Austritt Frankreichs aus der Nato bleibt auch eine Verdünnung der britischen & amerikanischen Truppenbestände in Europa bevorzugen.

Auswirkungen im allgemeinen ~~Es ist im jetzigen Zeitpunkt noch kaum möglich, die Konsequenzen der Abbau der geschlossenen westlichen Nato-Praxis ist damit im Ganzen des Entschlusses General de Gaulles ganz zu überblicken. Militärisch dürfte die Kampfkraft des westlichen Lagers kaum eine Verminderung erfahren, doch ist zweifellos die Zusammenarbeit bedeutend komplizierter geworden. Am militärischen Gleichgewicht zwischen West und Ost hat sich nicht viel verändert. Politisch hingegen hat der Integrationsgedanke in Europa einen neuen, empfindlichen Schlag erhalten, so dass man mehr denn je zur Ueberzeugung kommen muss, dass das supranationale Europa noch lange auf sich~~

dadurch ist unstritten. Jedenfalls aber ist

Politisch von Bedeutung ist, dass das relative Gewicht der deutschen Divisionen wachsen wird. (Deutscher General Kato Europa-Mitte). Ob die BR Lockerung der Allianzklammern die Stabilität der deutschen Politik & das Selbstbewusstsein der BR, die ja die wirtschaftliche Stärke der westeuropäischen Staaten ist, in wenig verheerender Weise bei steigern wird, bleibt abzuwarten.

~~warten lassen wird, jedenfalls so lange, als General de Gaulle in Frankreich die Zügel in den Händen hält.~~

Auswirkungen

für die Schweiz Die Schweiz wird infolge ihrer neutralitätspolitischen Stellung von den Vorgängen innerhalb der NATO nicht ^{durch} betroffen, da sie ~~unabhängig von Allianzen ist~~. Die Entwicklung zeigt aber, wie brüchig solche Pakte sind und wie sehr sich unser Neutralitätsstatut und unser Wille zur Selbstverteidigung rechtfertigen. Es ^{ist} ~~wird~~ Sache unserer Armeeleitung ~~sein~~ zu prüfen, ob auf Grund der neuen Lage in Europa gewisse Aenderungen der militärischen Dispositionen nötig werden.

b. Die ^{europäische} Integration + die Schweiz.

Luxemburger Beschlüsse

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der europäischen Integration. Die in der EWG Ende Juni vorigen Jahres ausgebrochene Krise, welche ihre gesamte Tätigkeit während 7 Monaten lahmlegte, ist am 29. Januar d.J. zwar formell beendet worden. Doch wurden mit den Kompromissformeln der Luxemburger Tagung des EWG-Ministerrats die Differenzen zwischen Frankreich und den Fünf in Grundsatzfragen der Integration nur mühsam übertüncht, nicht eigentlich beigelegt. Im Mittelpunkt ^{der politischen + grundsätzlichen} dieser Auseinandersetzungen standen ^{von Lauchstein} Fragen der supranationalen Ausgestaltung der Gemeinschaft, im besondern die Möglichkeit von Mehrheitsentscheiden und die Stellung der EWG-Kommission als überstaatliches Organ. De jure sind die Bestimmungen des Römer Vertrages durch die Luxemburger Beschlüsse nicht angetastet worden, de facto jedoch sind die supranationalen Instrumente der Mehrheitsbeschlüsse und der EWG-Kommission nunmehr entschärft. Zur Ueberstimmung eines Partners, der "sehr wichtige Interessen" geltend macht, wird es in nächster Zeit nicht kommen, und die Kommission, auf deren

T (X)

J. 18

Die Einigung über den EWG-Agrarmarkt

An dieser Tatsache ändert auch
die am 24. Juli 1966 nach

Nach ~~ausserordentlich~~ ^{erfolgte} zähen Verhandlungen hat der EWG-
Ministerrat am 24. Juli 1966 eine umfassende Einigung über
noch offene Fragen der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik ~~er-~~
~~zielt~~. Den Beschlüssen zufolge wird ab 1. Juli 1968 die Zoll-
union für industrielle Güter verwirklicht sein. Auch der ge-
meinsame Agrarmarkt dürfte voraussichtlich auf diesen Zeit-
punkt hin voll funktionieren. ~~Mehr als ein Jahr nach dem Aus-~~
~~bruch der schweren Krise vom 30. Juni 1965 hat die EWG eine~~
~~bedeutungsvolle Bekräftigung ihres Zusammenhaltens erfahren.~~

~~Ein~~ ^{Sie} weiterer Erfolg ~~bedeutet die Verabschiedung der~~
~~konnte am 27. Juli erzielt werden.~~

~~Die~~ zusätzlichen landwirtschaftlichen Verhandlungsangebote über
die Kennedy-Runde ~~wurden vom Ministerrat verabschiedet.~~ ~~Sie~~
~~sind zwar gegenüber den ursprünglichen Kommissionsvorschlägen~~
~~etwas reduziert worden. Dennoch wird ihnen ein Gewicht beige-~~
~~messen, das dazu ausreicht, dass sich die EWG in Genf sehen~~
~~lassen darf.~~ Dank der gewaltigen agrarpolitischen Anstrengung
kann die Krise in materieller Hinsicht als überwunden gelten.

Vorschlag Mehrheitsbeschlüsse allein möglich sind, wird sich grosse Zurückhaltung auferlegen müssen.

Auswirkungen
der EWG-Krise

nicht erreichbar
ist

Insgesamt werden als Auswirkungen der Krise in der EWG wahrscheinlich bleiben: eine Entpolitisierung in dem Sinne, dass die ursprünglich auf dem Umweg über die wirtschaftliche Integration angestrebte politische Einigung ~~zurückgestellt wird~~ ^{sich als faktisches erwiesen hat} und sodann eine Umstellung in den Arbeitsmethoden, nämlich ein Abrücken vom institutionellen Verfahren, wie es dem Ideal des Römer Vertrags entspricht, und statt dessen eine Annäherung an die klassische Form der intergouvernementalen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen wirtschaftlichen Interessenausgleichs.

EWG-EFTA

28

Man sollte meinen, in dieser Situation, welche die Unmöglichkeit zeigt, den Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten gegen den politischen Willen einzelner unter ihnen zu erzwingen, trete die wirtschaftliche Sinnwidrigkeit der derzeitigen Spaltung in EWG und EFTA und damit die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller europäischen Kräfte wenigstens im wirtschaftlichen Bereich wieder deutlicher ins Bewusstsein. Werden ^{nun} die Aussichten für eine Verständigung mit der EWG, insbesondere eines neutralen Kleinstaates wie der Schweiz, welchem die politische Zielsetzung der Wirtschaftsgemeinschaft und die im Römer Vertrag vorgeschriebene supranationale Methode besonders problematisch erscheinen müssen, durch diese neue Entwicklung in der EWG nicht wesentlich verbessert?

Zum Teil mag dies zutreffen. Doch dürfen die ernsthaften Hindernisse, die einer auf alle EFTA-Staaten ausgedehnten Erweiterung der EWG - und diese wurde von schweizerischer Seite von jeher als Voraussetzung unserer Mitwirkung angesehen - weiterhin entgegenstehen, nicht übersehen werden.

~~Einerseits machen die heutigen Verhältnisse in der EWG neue Gefahren für Interessenten an einer Teilnahme deutlich. Es ist vor allem seit den verschiedenen französischen Vetos unverkennbar, dass der anfängliche "Gemeinschaftsgeist" immer mehr einem allgemeinen gegenseitigen Misstrauen gewichen ist. Da auch die EWG-Kommission, die gemäss Römer Vertrag als Gemeinschaftsorgan, d.h. über den nationalen Begehren stehende Instanz, ausgleichend wirken soll, geschwächt aus der Krise hervorgeht, tritt ^{tritt} an die Stelle der gemeinsam vereinbarten Regelung ^{tritt} mehr und mehr das mühsame Aushandeln gegenseitiger Konzessionen. Die Tendenz nimmt überhand, einzelne Staaten interessierende Probleme, auch wenn sie auf ganz verschiedenen Gebieten liegen, zu grossen Verhandlungspaketen zusammenzuschneiden. Wie schwerfällig und langwierig ein solches Verfahren ist, zeigten drastisch die letzten Verhandlungen des EWG-Ministerrats über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, die Vervollständigung des Systems der Agrarmarkt-Verordnungen, die Vollendung der Zollunion für alle Industrie- und einen Teil der Agrarprodukte zum gleichen Termin, die aktive Mitwirkung in der Kennedy-Runde und die Fusion der Organe der drei Gemeinschaften, EWG, Euratom und Montanunion. All diese bedeutsamen Probleme, zu welchen unter dem Titel "gleichgewichtige Entwicklung der Gemeinschaft" noch andere (wie Steuerharmonisierung, Handelspolitik, Sozialpolitik und Regionalpolitik) kommen, sind nunmehr miteinander verhängt, und bei jedem macht dieser oder jener Mitgliedstaat seine Zustimmung davon abhängig, dass auch andere geregelt werden.~~

Diese Verhältnisse erhöhen die Undurchsichtigkeit in der Weiterentwicklung der EWG und verstärken die ohnehin bestehende Gefahr einer Grossmacht-Hegemonie. Die entsprechende Komplizierung des EWG-Beschlussverfahrens bringt es aber auch mit sich, dass die EWG-Staaten ihre volle Aufmerksamkeit weiterhin auf die interne Konsolidierung der Gemeinschaft konzentrieren und darüber die Pflege der Beziehungen zu Drittländern vernachlässigen.

Weiterhin
starre EWG-
Aussenfront

Allen gelegentlichen Anzeichen zum Trotz, die auf eine Aufweichung der nun schon seit Jahren erstarrten Aussenfront der EWG hinzuweisen scheinen, ist deshalb in naher Zukunft leider nicht mit entscheidenden Veränderungen zu rechnen. Bezeichnend für diese betrübliche Tatsache ist zum Beispiel, dass die von den EFTA-Ministerkonferenzen zu wiederholten Malen vorgeschlagenen Brückenschlagsgespräche seitens der EWG bisher noch nicht einmal in gehöriger Form beantwortet worden sind. Auch die von Oesterreich seit drei Jahren im Alleingang forcierten EWG-Verhandlungen, die bisher nur einen Teilbereich erfassten, die überdies die ganze Problematik des Assoziationsverhältnisses zeigen und deren Ausgang durchaus ungewiss ist (z.B. Gefahr des russischen Vetos im Hintergrund), vermögen über die andauernde Stagnation in den Aussenbeziehungen der Gemeinschaften nicht hinwegzutäuschen.

Grossbritannien
und EWG

Obwohl neuerdings wieder besonders viel von einer Annäherung Grossbritanniens an die EWG die Rede ist, zeichnet sich eine Verständigung über die Beitritts-Bedingungen noch keineswegs ab. ~~Britische Minister erklären zwar immer wieder, es gehe nicht mehr um die Frage des "Ob", sondern nur noch um diejenige des "Wann" und "Wie" einer englischen Mitgliedschaft in der EWG.~~ Doch haben z.B. die Gespräche beim Besuch des französischen Premierministers Pompidou und Aussenministers Couve de Murville in London vom 6. - 8. Juli erneut deutlich gezeigt, wie weit man noch voneinander entfernt ist. Nicht einmal im offiziellen britisch-französischen Communiqué werden diese Meinungsverschiedenheiten verdeckt. Nach allen verfügbaren Informationen über das Ergebnis dieses Besuches besteht Frankreich darauf, dass Grossbritannien den Römer Vertrag und die später getroffenen Vereinbarungen ohne Einschränkungen annimmt. Der französische Aussenminister hat dem Botschafter eines EFTA-Landes in Paris sehr bestimmt, beinahe brutal, erklärt, von einer britischen Bereitschaft für den Beitritt zur EWG könne keine Rede sein. Nicht ein

keine Notiz
Aussenminister

französisches Veto hindere Grossbritannien daran; die Briten selbst seien nicht wirklich bereit, die EWG-Regelungen tel quel zu übernehmen. Zu diesen politischen Schwierigkeiten kommt die englische Zahlungsbilanzkrise, die jedenfalls geregelt werden muss, bevor an die Einleitung von Verhandlungen mit der EWG zu denken ist.

EFTA

Gemäss dem Schluss-Communiqué der EFTA-Ministertagung in Bergen vom 12./13. Mai d.J. "verpflichten sich (die Minister) im Namen ihrer Regierung, die Erreichung der europäischen Wirtschaftsintegration, des Ziels der EFTA, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anzustreben". In diesem Sinne hält die EFTA auch die Einladung aufrecht, die sie anlässlich der Ministerkonferenz in Kopenhagen im Oktober 1965 an die EWG gerichtet hatte und in der die Bereitschaft ausgedrückt war, mit der EWG über alle Punkte zu verhandeln, die für beide Wirtschaftsgruppen von gemeinsamem Interesse sind.

An der Zielsetzung auch der schweizerischen Integrationspolitik, die wirtschaftliche Einheit ganz (West-) Europas zu fördern, ändert sich ~~sonit~~ nichts. Solange eine umfassende Verständigung mit der EWG nicht möglich ist, gilt es, die europäische Freihandelsassoziation tragfähig zu erhalten und, soweit dies im Hinblick auf kommende Lösungen nötig ist, auszubauen. Als Integrationsinstrument zur Schaffung eines von Handelshemmnissen befreiten grösseren Marktes in der Form einer Freihandelszone hat sich die EFTA bewährt. Nicht zuletzt hat sie eine überdurchschnittliche Zunahme des Handels unter den EFTA-Partnern bewirkt.

Kennedy-Runde

Kennedy-Runde und die Schweiz In engem Zusammenhang mit der Integrationsproblematik stehen für die Schweiz die Zollverhandlungen im GATT, die sogenannte Kennedy-Runde. Bringt dieses grosse und komplexe Unternehmen den er-

wünschten Erfolg, das heisst einen allseitigen wesentlichen Abbau der Zölle und anderer Handelshindernisse, so dürften zumindest die Diskriminationseffekte der heutigen handelspolitischen Spaltung in Europa an Schärfe verlieren. ~~Der zweite Grund für die Schweiz, die Kennedy-Runde aktiv zu unterstützen, ist allgemeiner: Die Idee einer weltweiten - also nicht bloss europäischen - handelspolitischen Abrüstung nach dem Meistbegünstigungsprinzip deckt sich völlig mit unserer traditionellen Handelspolitik und, konkreter gesprochen, mit unseren weltweiten Exportinteressen.~~

Ermutigender
Ausblick

~~Noch vor ein paar Monaten schien es, als hätten die EWG-Krise sowie gewisse Widersprüche in der amerikanischen Haltung der Kennedy-Runde den Todesstoss gegeben. Heute dürfen wir zuversichtlicher sein. Unsere Unterhändler konnten feststellen, dass bei allen ins Gewicht fallenden Verhandlungspartnern weiterhin der aufrichtige Wille besteht, ein Ergebnis zu erzielen, das immerhin weit über demjenigen aller früheren Zollrunden im GATT stehen dürfte, wenn auch die ursprünglichen noch weitergehenden Pläne Präsident Kennedys sich nicht werden verwirklichen lassen. Das vorgesehene Datum des Abschlusses der effektiven Verhandlungen, den Monat März des kommenden Jahres, darf als realistisch bezeichnet werden. Für die Schweiz hebt in diesem Herbst die Zeit an, wo sie einmal mehr mit grosser Energie ihre besonderen Interessen in der Ausmarchung unter den drei "Grossen", USA, EWG und Grossbritannien, wird zur Geltung bringen, um anschliessend auf Grund einer Bilanz des Erreichten das Gleichgewicht zwischen den eigenen Leistungen und denjenigen der anderen herzustellen. ^(Trotz aller Fiktion, in die die Verhandlungen geraten sind, dürfen wir hoffen) ~~Wir dürfen zuversichtlich sein, dass unsere sehr beträchtlichen Importleistungen - nicht zuletzt auch auf landwirtschaftlichem Gebiet - uns die notwendige Verhandlungskraft für diese Schlussphase verleihen. Grosses Gewicht ist dabei auch dem Umstand beizumessen, dass am 1. August das Protokoll in Kraft tritt, das unserem Lande den Status eines Vollmitglieds des GATT gewährt, und das Sie in der Juni-Session genehmigt haben.~~~~

getreten ist

C Probleme des kommunistischen Lagers

Sowjetisch-chinesischer Konflikt

Die Probleme im kommunistischen Lager ^{+ dessen Desintegration} sind wohl noch schwerwiegender als diejenigen auf westlicher Seite. Dass der sowjetisch-chinesische Konflikt nach wie vor das Kernproblem der kommunistischen Welt bildet, bedarf keiner besonderen Erwähnung mehr. Selbst der Vietnamkrieg hat die Spannung zwischen den beiden Widersachern nicht gemildert, sondern eher verschärft. Peking setzt seine Anschuldigungen gegenüber der Sowjetunion wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in unverminderter Schärfe fort, ~~Vielleicht könnte Moskau doch einmal das schwindende Prestige Chinas auf der ganzen Welt ausnützen, um mit dem chinesischen Gegner auf ideologischer Ebene definitiv abzurechnen!~~ ^{Während Moskau sich weiterhin eine betonte Zurückhaltung in dieser Hinsicht auferlegt.} Soweit ist es aber einstweilen noch nicht. Jedenfalls hat der ~~23. Parteikongress der KPSU keine entsprechenden Anzeichen geliefert.~~ ^{Dem gegenüber} erklärte Breschnev ^{am 23. Parteikongress} bei diesem Anlass, bereit zu sein, auf der an den Parteikongressen 1957 und 1960 angenommenen Basis jederzeit die Gespräche mit Peking und Tirana wieder aufzunehmen. Dieser Aufruf blieb indessen erwartungsgemäss ohne Folge.

~~23. Parteikongress~~ ^{dem auf} Ueberhaupt standen die innenpolitischen Fragen ~~am~~ 23. Parteikongress ^{im} Vordergrund. Unsere Moskauer Vertretung fasste das Ergebnis, das sie gleichzeitig als künftige Marschroute der Sowjetunion bezeichnete, wie folgt zusammen:

1. Die Kollektivführung hat sich weiter konsolidiert.
2. Eine Rückkehr zum Stalinismus ist einstweilen undenkbar.
3. Gefahr droht der Partei von Seiten der studierenden Jugend und der freien Berufe, was durch den herrschenden Polyzentrismus noch akzentuiert wird. Ein schärferer Kurs gegen diese Bevölkerungsschichten wird kaum ausbleiben.

4. Die grosse Wirtschaftsreform bringt den Produktionsbetrieben weitgehende Freiheiten. Wissenschaft und Technik haben das Primat. Was die Sowjetunion erstrebt, kann aber nur im Frieden erreicht werden. Die Erhaltung des Weltfriedens ist daher ernste Sorge der Kremlführung.

Desintegration
des Ostblocks

In dem Masse, in dem Moskau über seine Satelliten die direkte Kontrolle einbüsst, sucht es seine Vormachtstellung in Osteuropa durch Verstärkung der supranationalen Organisationen zu sichern. Im wirtschaftlichen Bereich versuchte es Chruschtschow zunächst mit dem Comecon, scheiterte jedoch vornehmlich am rumänischen Widerstand. Dann sah er im Warschauer Pakt das brauchbare Instrument. Breschnev hat seit 1965 den Ausbau des Paktes gefordert. Der sowjetische Standpunkt scheint von der Tschechoslowakei, der DDR und Polen aus ~~tatsächlicher oder vermeintlicher~~ Furcht vor der Bundesrepublik Deutschland unterstützt zu werden. Ungarn muss zwangsläufig infolge der dort stationierten sowjetischen Truppen dafür sein, während Bulgarien sich abwartend verhält. So bildet denn Rumänien den Hauptwiderstand gegen die sowjetischen Integrationswünsche. Rumänien ist es seit langem gelungen zu verhindern, dass das riesige Russland seine Pläne durchzusetzen vermochte. Auch Tschu En-lai bekam die rumänische Hartnäckigkeit zu spüren. Als er anlässlich seines im Juni erfolgten Besuches in Bukarest für die eigene Sache warb, musste er erkennen, dass Rumänien ^{Gegenüber} den beiden Grossen ~~gegenüber~~ in der kommunistischen Welt eine neutrale Linie zu wahren gedenkt.

Gipfeltreffen in
Bukarest

Das Gipfeltreffen der Mächte des Warschauer Paktes in Bukarest ging nach dreitägiger Dauer zu Ende. Die eher zurückhaltenden Berichte lassen darauf schliessen, dass es zu Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Straffung der Kommandostruktur im Warschauer Pakt sowie über die deutsche Frage kam. Hinter ge-

geschlossenen Türen war man sich bloss in der Verurteilung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam einig. Die Deklaration über die europäische Sicherheit wird im Westen als "elastischste Stellungnahme" bezeichnet, die vom Warschauer Pakt zu den grossen Problemen der gegenwärtigen Epoche ^{Sicher} ausging. ~~In den eigentlichen Kernfragen des Paktes trafen die Fronten der "Nationalkommunisten" unter der Führung der Rumänen und der Russen mit ihrer ungarischen und ostdeutschen Anhängerschaft aufeinander.~~ Moskaus Versuch, die Zügel fester in die Hand zu nehmen, dürfte fürs erste gescheitert sein. ~~Es wird vielmehr von einer Schwächung der~~ ^{in geschwächt} sowjetischen Führerrolle im Ostblock ~~gesprochen.~~ Die Paktorganisation befindet sich in einer Stagnation. Dies ist keine neue Erscheinung; sie kommt aber langsam auch in formellen Belangen zum Ausdruck.

Chinas Prestige-
verlust und sei-
ne inneren
Schwierigkeiten

Schwierig wird die Lage für Peking. Das Ansehen Chinas ist auf der ganzen Welt im Sinken begriffen. Mit dem Abfall Indonesiens, des ehemals treuesten Anhängers in Südostasien, begann eine Reihe von aussenpolitischen Rückschlägen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Zudem zeigten sich weitere Zerfallerscheinungen der Position Pekings in der 3. Welt. Wachsende Beunruhigung legte die chinesische Parteiführung über das sowjetische Werben in Nord-Korea und Nordvietnam an den Tag. Von den vor einem Jahr lautstark verkündeten Plänen für eine "revolutionäre Gegen-UNO", einem asiatischen Staatenbund (der Achse Pyongyang-Peking-Hanoi-Phnom-Penh-Djakarta), oder für eine neue kommunistische Internationale, unter chinesischer Führung, ist ~~in letzter Zeit~~ nichts mehr zu hören. Es wäre jedoch falsch, aus den jüngsten Entwicklungen ~~unbedingt~~ eine permanente Schwäche Chinas ableiten zu wollen. Die Volksrepublik China bleibt ein weltpolitischer Faktor, ^{dessen Bedeutung zwangsläufig}

zig r unauhaltsam sinken wird.

(Innenpolitisch ist sich Chinas alte Führergarde bewusst, dass auf dem bevorstehenden Weg, der durch den Zeitabschnitt der

28
 "Nachfolge Maos" führt, grosse Gefahren lauern. Die Machthaber in Peking bemühen sich daher, die sogenannten Revisionisten auszuschalten. Diese Tendenz trifft in erster Linie hochgestellte Intellektuelle der Geisteswissenschaften, also jene Klasse, aus deren Reihen die zukünftigen Führer kommen oder das Führungskollektiv gebildet wird.)

Die schweizerischen Beziehungen zu den Oststaaten

Die Desintegrationserscheinungen des Ostblockes, aber auch die Lockerung der atlantischen Allianz kamen in der Intensivierung der westöstlichen Besuchsdiplomatie zum Ausdruck, die in der Reise von Präsident de Gaulle nach der Sowjetunion ihren Höhepunkt gefunden hat. Es ist offensichtlich, dass die Sowjetunion und die übrigen Oststaaten den Ost-West-Kontakt zu vertiefen suchen. Wenn ~~sie~~ ^{diese Bestrebungen} als Zeichen des Willens zur Koexistenz aufgefasst werden dürfen (und ich glaube, wir dürfen es tun), so haben auch wir diese ~~Äusserungen~~ ^{Äusserungen} nur zu begrüßen. Diese Politik der Koexistenz schliesst allein die Hoffnung in sich, mit der Zeit und mit viel Geduld zu einer Regelung vieler Differenzen zu kommen, welche die Welt heute trennen. Auch die neutrale Schweiz kann ihre Aufgabe nur darin sehen, sich um einen Ausgleich zu bemühen, bei aller eindeutigen Konsequenz in der Ablehnung und Bekämpfung fremder Ideologien im Innern. Zu den grossen Hoffnungen unserer Zeit gehören die in verschiedenem Masse und in verschiedener Art sich äussernden Anzeichen, dass der dem Menschen angeborene Drang nach Freiheit und der Sinn für die Menschenwürde nicht dauernd unterdrückt werden können. Auch wir sollen dazu beitragen, dass dieser geistige Liberalisierungsprozess Fortschritte machen kann. Auch der kommunistische Osten ist schliesslich ein Teil Europas und beruht auf alter europäischer Kultur. Gerade weil wir von der Ueberlegenheit unserer freiheitlichen Ueberzeugung und Lebensart durchdrungen sind, haben wir auch keine unangebrachte Furcht vor einer Intensivierung der Kontakte zu haben, in der wir den Sinn des ~~Vergleichs~~ ^{Aus} Vergleichs und einer Unterstützung osteuropäischer Emanzipationstendenzen sehen.

Ich sage dies in erster Linie in bezug auf wissenschaftliche und kulturelle Kontakte, sage es aber auch in bezug auf unsere Handelsbeziehungen.

1965 betrug der Anteil ~~der~~ Ostländer an der Schweiz.
Einfuhr 2,9%, an der Ausfuhr 4,2%

Schweizerischer Handel mit dem Osten

Unser Handel mit den Oststaaten, der nur einen kleinen Bruchteil unseres Gesamtaussenhandels darstellt, ist weit davon entfernt, uns irgendwie in eine Abhängigkeit vom Osten zu bringen. Die Freiheit des einzelnen Bürgers gilt im übrigen auch auf diesem Sektor, d.h. es bleibt dem einzelnen überlassen, ob und wie weit er mit Oststaaten Handel treiben will. Immerhin behält sich der Bundesrat einige wichtige Kontrollrechte vor, so z.B. in der Frage der Ausfuhr strategischer Güter, oder in der Frage prozentual grosser Importe aus dem Osten mit entsprechender Gefahr einer wirtschaftlichen Abhängigkeit, oder in der Frage von Dumpingimporten aus Oststaaten. Es ist zudem nicht zu vergessen, dass sich unser Handel mit Oststaaten ^{zuerst} streng im Rahmen von mengen- und warenmässig beschränkten bilateralen Abkommen bewegt.

Schweizer Ausstellung in Moskau

Die Tendenz der Oststaaten zu vermehrten Kontakten mit dem Westen ist im übrigen auch gegenüber uns spürbar. Anlässlich der eben zu Ende gegangenen schweizerischen Industrie-Ausstellung - deren Zustandekommen an sich schon ein Zeichen grösseren sowjetischen Interesses am Westhandel ist - wurden bis heute für über 2 Mio US\$ oder rund 40 % der Ausstellungsgüter verkauft, und die Aussteller halten es für nicht ausgeschlossen, dass schliesslich 60 - 70 % der Ausstellungsgüter in der Sowjetunion bleiben werden. Zudem musste die Ausstellung ^{(ein Tag nach} ~~an~~ ~~letzter Minute~~ ~~am zwei Tage verlängert~~ werden, um nochmals einen offiziellen Rundgang hoher und höchster Persönlichkeiten zu ermöglichen, die sich sehr lebhaft für unsere Erzeugnisse interessierten.

vgl. Ber. Jaur

Verhandlungen mit Prag

Von der Entspannung scheinen aber auch unsere seit Jahren pendenden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei betreffend die Entschädigung für jene schweizerischen Liegenschaften zu profitieren, die nach dem Nationalisierungsabkommen von 1949 Ge-

Unser Handel mit den Oststaaten ist im übrigen auch unter dem Gesichtswinkel einer größtmöglichen Mannigfaltigkeit unserer Berufs- & Absatzgebiete zu betrachten. RWS

genstand tschechischer Zwangsmassnahmen bildeten. Bekanntlich waren unsere Beziehungen zur Tschechoslowakei in den letzten Jahren nicht ^{gut} immer die besten; ihr Tiefpunkt wurde 1961 nach einer schwerwiegenden Spionageaffäre erreicht. Inzwischen hat sich dieses Land, soweit wir feststellen können, in dieser Hinsicht nicht mehr betätigt, und die Regierung in Prag hat nun endlich auch ein Datum für neue Verhandlungen auf anfangs September vorgeschlagen. Es wird sich dann zeigen, wie weit auf tschechischer Seite der Wille besteht, die nötigen Voraussetzungen für bessere Beziehungen zu schaffen.

Ungarn-
Verhandlungen

Dasselbe gilt für die noch immer laufenden Entschädigungsverhandlungen mit Ungarn, wo nun ebenfalls für Anfang August eine weitere Verhandlungsrunde - wir hoffen, es sei die letzte - festgesetzt werden konnte.

Probleme
mit China

Im Gegensatz dazu lässt die Volksrepublik China keinerlei Anzeichen einer aufgeschlosseneren Einstellung zum Westen erkennen. Was die Schweiz angeht, so sind die Beziehungen in den letzten Jahren korrekt gewesen; der Handel hat sich, trotz bedeutender westeuropäischer Konkurrenz, stetig ausgeweitet, und Peking interessiert sich vor allem für Uhren, Werkzeugmaschinen und Präzisionsinstrumente. Eine gewisse Trübung auf politischer Ebene trat letzthin ein, im Gefolge von zwei an sich unabhängigen, aber zeitlich nahe aufeinanderliegenden Ereignissen: zuerst mussten wir einen von Peking vorgeschlagenen neuen Botschafter zurückweisen, weil unsere Nachforschungen ergaben, dass es sich bei ihm um einen ⁷ ~~notorischen Aktivisten der Aus-~~ ~~senpolitik Pekings handelte; gemäss unserer Praxis akzeptieren wir keine derartigen Persönlichkeiten.~~ Dann sahen wir uns veranlasst, im Gefolge der Affäre Kuo - wo ein nationalchinesischer Diplomat über Genf und mit Unterstützung der hiesigen rotchinesischen Botschaft zu Peking überlief - gegen einzelne

7
Diplomaten handelte, der vorher an hervorragender Stelle nachrichtl. dienstl. im Innenministerium tätig gewesen war.

Mitglieder der chinesischen Botschaft eine Einreisesperre zu verhängen. Die Chinesen haben auf diese beiden Vorfälle scharf reagiert, allerdings bis jetzt nur verbal und ohne irgendwelche konkreten Retorsionsmassnahmen zu ergreifen. Indessen fahren sie fort, insbesondere in der Botschafterfrage bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Verstimmung zu manifestieren.

III. Spezialfragen

Aus der Reihe der akuten und latenten Krisenherde, welche die Weltpolitik beschäftigen, möchte ich zwei herausgreifen, die unser Land besonders berühren - Rhodesien und Zypern.

a) Rhodesien

britisch-
rhodesische
Sondierungen

Nachdem die britischen Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Regime Ian Smith nicht den erhofften Erfolg brachten, gab Premierminister Wilson im April vor dem Unterhaus bekannt, dass er Kontakte mit der rhodesischen Regierung aufgenommen habe, um unverbindliche Besprechungen zwischen London und Salisbury einzuleiten. Diese - so sagte er - würden darauf abzielen, festzustellen, ob überhaupt eine echte Grundlage für Verhandlungen gefunden werden könne. Es kam im Monat Mai zu inoffiziellen Gesprächen, die sich wochenlang hinzogen, ohne dass sich eine Einigung abzeichnete. Diese Gespräche wurden in der Folge suspendiert, die angeknüpften Verbindungen blieben aber bestehen. Der rhodesische Premier ^{ist} scheint an regelrechten Verhandlungen von Regierung zu Regierung interessiert zu sein, weil er glaubt, dadurch einer de facto-Anerkennung seines Regimes näherzukommen. Der britische Premierminister Wilson dagegen möchte den Status der Diskussionen nicht ändern, solange sich die rhodesischen Angebote nicht auf den ungehinderten Fort-

b.) Z y p e r n

Das Urteil des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die gegenwärtige Lage in Zypern lautet wenig optimistisch. In seinem Bericht vom 10. Juni über die Operationen der Vereinten Nationen in Zypern (während der Periode vom 11. März bis 10. Juni) betont U Thant, die militärische Lage sei zwar unverändert, die Zahl der Zwischenfälle habe jedoch zugenommen und die Spannung in den erweiterten Gefahrzonen sei neuerdings gestiegen. UN-Beobachter konnten den Bau neuer Befestigungen feststellen.

Während sich die Situation an Ort und Stelle somit eher verschlechtert, muss andererseits auf verschiedene Initiativen zu einer friedlichen Regelung des Problems hingewiesen werden.

Der Generalsekretär hat seinem Vertreter in Zypern, Carlos Bernardes, erweiterte Vollmachten erteilt und ihn ermächtigt, den Parteien seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen. Bernardes war es bisher allerdings nicht möglich, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen auf der Insel zu erwirken. Indessen war er insofern erfolgreich, als seine Abklärungen in den Hauptstädten der am Konflikt direkt interessierten Staaten die Aufnahme direkter Gespräche zwischen Ankara und Athen zum Gefolge hatten. Während einer ersten griechisch-türkischen Zusammenkunft, die am 6. Juni auf Aussenministerebene in Brüssel stattfand, beschlossen die Vertreter der beiden Staaten, einen vertraulichen Dialog anzubahnen, der zur Lösung des Konfliktes beitragen sollte. ~~Diese Kontakte sollen zwischen dem griechischen und dem türkischen Botschafter in einem neutralen Land ohne festgelegte Tagesordnung und auf möglichst informeller Basis weitergeführt werden.~~

Dieser Dialog hat inzwischen unter strikter Geheimhaltung in Wien begonnen. Das Gespräch, mit dem beide Seiten wohl in erster Linie ihren guten Willen unter Beweis stellen wollen, soll jedoch nach ersten Informationen nur mühsam vom Fleck kommen.

- 33 -

Allein schon die Bereitschaft dieser beiden Länder, in der Zypernfrage direkte Gespräche zu führen, bildet einen grossen Fortschritt. Man darf sich jedoch über deren Ergebnis keinen ^{voreiligen} Illusionen hingeben. Es ist ~~höchst~~ zweifelhaft, dass Präsident Makarios bereit wäre, eine bilaterale Einigung zwischen diesen beiden Staaten anzunehmen. Er widersetzt sich weiterhin jeder Formel, nach der den 18% Türkisch-Zyprioten mehr Rechte und Privilegien als einer einfachen Minorität zugestanden würden. Die Türkisch-Zyprioten ihrerseits bestehen auf ihrer Forderung nach Anwendung der Verfassung von 1960 und Befolgung der Abkommen von Zürich und London. Schliesslich hat der Konflikt mit Grivas gezeigt, dass sich Erzbischof Makarios mit einer Enosis kaum abfinden würde.

Die Lösung des politischen Zypernproblems ist nicht das Ziel der UNFICYP. Diese kann lediglich durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eine friedliche Regelung erleichtern. Wenn die UNO-Truppen sich heute zurückziehen würden, müsste mit dem Aufflammen neuer Konfliktherde und neuen Gewalttätigkeiten gerechnet werden. Der Sicherheitsrat hat deshalb am 16. Juni 1966 das Mandat der UNFICYP um 6 Monate bis zum 26. Dezember 1966 verlängert. Die Kosten dieser neuen Aktionsperiode betragen etwa 10'240'000 Dollar. Bisher wurden freiwillige Beiträge in der Höhe von 2'003'000 Dollar angemeldet. Wenn man das Defizit der früheren Periode einrechnet, müssen sich die Vereinten Nationen bis Weihnachten 1966 einen Betrag von 11'219'000 Dollar beschaffen.

U Thant hat bereits einen neuen dringenden Appell erlassen. (X)

Bekanntlich hat der Bundesrat nach Kontaktnahme mit den auswärtigen Kommissionen der Räte im Februar dieses Jahres die Zustimmung zur Weiterführung der Zypernaktion mit einem Beitrag von 130'000 Dollar gegeben, unseren Beobachter

(X) Schweden & Österreich haben diese Aufforderung bereits entsprochen & neue Beiträge in der Höhe von 90000 bzw. 40000 Dollar angekündigt.

Auszug (Uebersetzung) aus einem persönlichen Schreiben vom 20. August d.J. von Herrn Remy Gorgé, Rechtsberater der UNFICYP. (Gorgé ist der Sohn unseres früheren Botschafters.)

"Wiewohl das Mandat der UNFICYP Ende dieses Jahres voraussichtlich nochmals verlängert werden muss, gewinnt man hier (d.h. in Nicosia) den Eindruck, dass die Dinge weniger statisch geworden sind. Sie erwähnten in Ihrem Schreiben den zurzeit stattfindenden griechisch-türkischen Dialog. Wir haben über dessen Verlauf keine Informationen. Indessen wurde uns anfangs der Woche auf höchster Ebene gesagt, dass die zypriotische Regierung eine Initiative, sei es hier oder in New York, zu ergreifen gedenkt, wenn dieser Dialog bis im Herbst keine Resultate zeigen sollte. Der Präsident (Makarios) selbst erwartet, dass das Zypernproblem Ende dieses Jahres ein vorgerücktes Stadium erreichen wird, das eine Reduktion des Bestandes der UNFICYP erlauben sollte und möglicherweise die Einführung von Beobachtern.

Es scheint daher, dass wir Zeuge einer Periode werden, in der etwas geschieht. Es wäre daher nach meiner Ansicht wünschenswert, wenn die Schweiz trotz ihrer früher erklärten Absicht, nichts mehr beizutragen, ihre finanzielle Teilnahme zusammen mit Oesterreich, Schweden und andern, beibehalten würde. Auf alle Fälle werden die Beiträge gut verwendet; ist es doch zweifellos eine verdienstvolle Aufgabe, das Wiederaufleben der Kämpfe zu verhindern."

12

- 34 -

in New York aber gleichzeitig angewiesen, unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass alle Vermittlungsbemühungen bisher erfolglos geblieben sind und zu erklären, der Bundesrat würde kaum in der Lage sein, in Zukunft weitere Beiträge zu entrichten, solange die Parteien keinerlei Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft erkennen lassen. Unter diesem Gesichtspunkt sei vorläufig der schweizerische Beitrag als letzter zu betrachten.

Für uns stellt sich die konkrete Frage, ob wir uns nunmehr - gemäss unserer Ankündigung - aus der Friedensaktion in Zypern endgültig zurückziehen oder ob wir in der Aufnahme des Gesprächs zwischen Griechenland und der Türkei bereits "Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft" erblicken wollen, die einen weiteren Beitrag rechtfertigen würden.

Unsere Botschafter in Ankara, Athen und Tel-Aviv empfehlen auf Grund ihrer Informationen eine Weiterführung unserer Beteiligung. Unser neuer Beobachter in New York ist nach seinen ersten Gesprächen mit kompetenten Persönlichkeiten zur gleichen Auffassung gelangt.

Es gibt zweifellos gewichtige Gründe, die für eine weitere schweizerische Beteiligung an der Aktion sprechen.

Politische Konflikte erscheinen oft unlösbar, weil die am Streit beteiligten Parteien ihre gegensätzlichen Standpunkte innen- und aussenpolitisch versteinern liessen. Dies gilt zweifellos für den Zypernkonflikt, wie auch für das Palästina- und das Kaschmirproblem. Jede Konzession kann dann schwerwiegende Folgen für eine Regierung haben (besonders wenn diese ohnehin auf schwachen Füßen steht) und eine empfindliche Prestigeeinbusse auf internationalem Boden mit sich bringen. Dennoch hat die Geschichte immer wieder gezeigt, dass sich Konflikte mit dem Zeitablauf entschärfen

Frage

- 35 -

können. Wesentlich ist in diesen Fällen, Zeit zu gewinnen und die Gewaltanwendung zu vermeiden. In dieser Hinsicht hat sich die UNO Verdienste erworben, die oft zu wenig gewürdigt werden. Und wenn die Präsenz der UNO-Truppen auf Zypern nichts anderes bewirkt als eine blossе Waffenruhe, so ist damit für den Frieden schon sehr viel getan. Ein bewaffneter Konflikt im Mittelmeerraum würde unser Land sofort direkt in Mitleidenschaft ziehen. Mein Vorgänger hat daher mit Recht einmal gesagt, dass unser Beitrag an die UNFICYP als eine Art Kriegsrisiko-Prämie betrachtet werden kann.

So wenig Erfolg versprechend die angebahnten griechisch-türkischen Gespräche zurzeit auch scheinen mögen, so sehr ist es jedenfalls angezeigt, diese zu ermutigen. Ein neuer schweizerischer Beitrag würde zweifellos eine gewisse Wirkung in dieser Richtung haben, besonders wenn wir dieses Element in unserer Erklärung deutlich zum Ausdruck bringen würden.

Schliesslich stände ein weiterer schweizerischer Beitrag im Einklang mit unserer positiven Einstellung zur UNO und im besondern zu ihren "Peacekeeping Operations", die ja auch uns zugutekommen.

Angesichts des Engpasses, durch den der Bundesfinanzhaushalt geht, ist ein neuer schweizerischer Beitrag allerdings nur dann zu verantworten, wenn wir wirklich davon überzeugt sind, dass die Aktion den gegenwärtigen und langfristigen Interessen der schweizerischen Aussenpolitik dient. Wenn wir zu dieser Ueberzeugung gelangen, dann sollten uns budgetäre Ueberlegungen nicht davon abhalten. Es wäre für den Bundesrat ausserordentlich wertvoll, in dieser Frage die Stellungnahme der Kommissionen für Auswärtiges zu kennen.

c) Zusammenarbeit mit ^(den Neutralen) Oesterreich und Schweden

Die Stellung des echten Neutralen hat sich zwar seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bedeutend verbessert, sein Ansehen aufgewertet. Trotzdem gibt die Neutralitätspolitik noch genügend Probleme auf. Das ist ein Grund, weshalb sich in den letzten Jahren mit Schweden und Oesterreich ein informeller, nicht institutionalisierter Meinungs- und Erfahrungsaustausch ~~gerade zu solchen Problemen~~ herausgebildet hat, der sich in vielen Fällen als nützlich erweist. Darüber hinaus bieten solche Kontakte die Atmosphäre für eine freundschaftliche Lösung auch anderer bilateraler Probleme und Pendenzen.

Im Falle Oesterreichs kommt in diesen Kontakten zudem das spürbare Bedürfnis unseres Nachbarlandes zum Ausdruck, seine eigene Neutralität durch eine gewisse Anlehnung an die unsere abzusichern, nachdem sie im Hinblick auf eine allfällige Uebereinkunft mit der EWG möglicherweise in Frage gestellt werden könnte. Dies zeigt sich an dem weiten Spektrum der von österreichischer Seite auch anlässlich des Besuches von Aussenminister Tončić im Juni wieder gewünschten Kontakte, die z.T. schon existieren, z.T. noch zu schaffen wären. Neben die Parlamentarier-Kontakte in Strassburg, die Kontakte zwischen Pro Helvetia und dem entsprechenden österreichischen Organismus sowie die Kontakte in Form von gegenseitigen Stipendien zwischen der Wiener Diplomatischen Akademie und dem Genfer "Institut de Hautes Etudes Internationales" würden sich informelle Kontakte zwecks Erfahrungsaustausch zwischen den Leitern der politischen Abteilungen im Wiener Aussenministerium und unserem Departement sowie zwischen den beiden Diensten für Entwicklungshilfe stellen. Aussenminister Tončić kündigte in diesem Zusammenhang an, die österreichische Botschaft in Bern werde zu einer sogenannten "grossen Botschaft" ausgebaut werden. Im weitern wünscht Oesterreich eine diplomatische Zusam-

- 37 -

menarbeit in Form von gemeinsamen diplomatischen Vertretungen vor allem in Entwicklungsländern, ein Vorschlag, der allerdings vom Politischen Departement mit einer gewissen Skepsis beurteilt wird, und zwar aus folgenden Gründen: erstens scheint nicht recht ersichtlich, wie solche gemeinsame Vertretungen praktisch aufzu- ziehen wären und funktionieren würden; und zweitens würden sich für uns bei einem allfälligen österreichischen Anschluss an die EWG neutralitätspolitische Probleme ergeben.

(An konkreten Problemen kamen beim Tončić-Besuch das Fürsorge- sowie das Sozialversicherungsabkommen zur Sprache. Von beiden Seiten wurde festgestellt, dass der gegenwärtige Zustand unbefriedi- gend ist; beim Fürsorgeabkommen möchte Oesterreich neu verhandeln, wir aber nicht, weil wir bei einer Neukonzeption des Abkommens nur schlechter wegkommen können; beim Sozialversicherungsabkommen sehen offenbar die Oesterreicher langsam ein, dass sich seit dem letzten Abkommen der Versicherungssektor bedeutend ausgeweitet hat, sodass sich eine Neu-Anpassung aufdrängt.)

Breiten Raum nahmen die österreichischen Erläuterungen zum Stand der EWG-Verhandlungen ein. Wir gewannen den Eindruck, dass Oesterreich zwar den Kern des Problems klar erkannt hat - nämlich die These der Sowjetunion, ein Arrangement Oesterreichs mit der EWG könnte einen wirtschaftlichen Anschluss Oesterreichs an die Bundesrepublik nach sich ziehen - dass man aber hofft, eine Lösung zu finden, die diese sowjetischen Befürchtungen zu zerstreuen ver- mag. In dieser Hinsicht konnten uns die österreichischen Erläuterun- gen nicht restlos überzeugen und unsere eigenen Bedenken nicht widerlegen.

In diesem Zusammenhang wurde auch ein österreichischer Wunsch nach vermehrten schweizerischen Investitionen in Oester- reich vorgebracht, möglicherweise um ein Gegengewicht gegen all- fällige österreichische EWG-Verflechtungen zu schaffen.

Unser Bedenken: Unsicherheit über ~~Halteg~~
Halteg. Oesterreichs zur EWG.

- 38 -

Anders als im Falle Oesterreichs sucht Schweden in seinen Kontakten mit uns keine Anlehnung, die es ja nicht nötig hat; unser Erfahrungsaustausch mit Schweden ist denn auch in weit grösserem Masse als gegenüber Oesterreich zweigleisig, wobei wir nicht selten - so z.B. auf dem Gebiete des Wehrwesens - die Nehmenden sind. Anlässlich des Besuches des schwedischen Aussenministers Nilsson im März 1965 ~~unterhielten wir uns z.B. über~~ ^{besorg mit die Unterhaltung auf} die Stellung der Neutralen zur UNO - Schweden ist ja bekanntlich Mitglied und zwar, wie die Stellung schwedischer Kontingente zur UN-Friedenstruppe zeigt, ein recht aktives -, ~~über~~ ^{auf} die Probleme der Waffenausfuhr, ^{auf} die Haltung gegenüber geteilten Staaten oder der UNCTAD. Auch der Meinungsaustausch zum Problem der europäischen Integration und über die Rollen Grossbritanniens bzw. Oesterreichs in diesem Zusammenhang war ~~uns~~ äusserst nützlich. Von grundlegender Wichtigkeit war auch die ~~Vereinbarung, dass wir künftig den~~ ^{mit der} Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete des Wehrwesens, ~~im Zusammenhang mit der totalen Landesverteidigung nicht nur fortsetzen, sondern noch intensivieren wollen; wie schon erwähnt, sind es hier in erster Linie die Schweden, die geben, und angesichts der Höhe unserer Wehrausgaben spielt es keine kleine Rolle, ob wir die Kosten für die Entwicklung einzelner Waffentypen mit Schweden, d.h. einem andern neutralen Staat, teilen können. (Zu diesem Fragenkomplex sollte noch Herr Professor Bindschedler befragt werden.)~~

Landesverteidigung.

Wir sind der Meinung, dass gegenüber den Aussenministern neutraler Staaten, die uns besucht haben, im Sinne einer Weiterführung des bisherigen Erfahrungsaustausches Gegenrecht gehalten und die Besuche erwidert werden sollten. Wir gedenken denn auch im kommenden Dezember Herrn Nilsson, der uns schon vor mehr als einem Jahr besuchte, einen Gegenbesuch abzustatten.